Organentnahme: Bund will kritische Fakten verheimlichen

Der Bund plant eine grosse Infokampagne zu den neuen Regeln bei der Organentnahme. Er müsste darüber neutral aufklären – doch die Bevölkerung soll einseitig zugunsten von Transplantationen beeinflusst werden.

KEYSTONE

Organentnahme: Bund will eine «akzeptierende Grundhaltung»

Voraussichtlich ab kommendem Jahr gilt jeder und jede als Organspender – es sei denn, er oder sie spricht sich zu Lebzeiten ausdrücklich dagegen aus. Diese Regeln nahm das Schweizer Stimmvolk im Jahr 2022 an.

Allerdings fühlt sich ein Drittel der Bevölkerung über die Organentnahme unzureichend informiert. Das geht aus zwei Erhebungen des Bundes von 2022 und 2023 hervor.

Das Bundesamt für Gesundheit und die Stiftung Swisstransplant, welche die Organentnahmen fördert und koordiniert, planen in den kommenden vier Jahren eine Infokampagne für 8 Millionen Franken, für welche die Steuerzahler aufkommen. Damit soll die Bevölkerung über die bevorstehenden rechtlichen Änderungen bei Transplantationen und über die Möglichkeiten der Willensäusserung informiert werden.

Das Ziel sind mehr Organspenden

Auf der Beschaffungsplattform Simap haben Bundesamt und Swisstransplant die Unterlagen zur Ausschreibung des millionenschweren Auftrags veröffentlicht. Diese zeigen: Im Rahmen der Kampagne soll die Bevölkerung nur sehr zurückhaltend aufgeklärt werden. Für die Umsetzung der Kampagne wird eine Werbeagentur gesucht. In den Unterlagen steht, es solle nicht «auf Angst» gesetzt werden. Denn das könne «die Einstellung zur Organspende negativ beeinflussen».

Noch deutlicher werden Bund und Swisstransplant im Pflichtenheft zur Ausschreibung: Die Kampagne solle das Thema Organspende «mit einer akzeptierenden Grundhaltung» kommunizieren. Und weiter: «Der Wechsel zur Widerspruchsregelung soll dazu beitragen, die Zahl der Organspenden zu erhöhen.» Das zeigt: Bund und Swisstransplant haben nicht vor, die Bevölkerung neutral über die Änderung zu informieren.

Mit diesem Vorgehen ist die Organisation Ärzte und Pflegefachpersonen gegen Organspende am Lebensende nicht einverstanden. Vizepräsident Alex Frei: «Statt die Organspende neutral und umfassend zu erklären, wie dies die ärztliche Aufklärungspflicht vorsieht, verschleiert der Bund heikle Punkte.»

So sei es etwa nicht das Ziel der Kampagne, den Ablauf einer Organentnahme genau zu erklären, sagt Frei. Die Bevölkerung erfahre beispielsweise nicht, dass Organspender eine Narkose erhalten, auch wenn sie bereits für tot erklärt wurden. Ohne Narkose könnte es beim Aufschneiden des Körpers zu Herzrasen, Blutdruckanstieg, kaltem Schwitzen, Tränen der Augen und Abwehrbewegungen mit Armen und Beinen kommen.

Zudem fehle es heute an Wissen über Sterben und Tod, so Frei. Es sei etwa unklar, ob mit einem transplantierten Organ auch das Bewusstsein des Spenders weiterlebe. Es seien Fälle bekannt, bei denen Organempfänger von Ereignissen träumten, welche die Spender erlebt hätten. Ohne diese Informationen sei eine umfassende, unabhängige Meinungsbildung nicht möglich.

> **«Der Bund verschleiert heikle Punkte, statt die Organspende neutral zu erklären»**
>
> **Alex Frei,** Ärzte und Pflegefachpersonen gegen Organspende am Lebensende

Das Bundesamt für Gesundheit schreibt, eine Kommunikation mit akzeptierender Grundhaltung verstehe man als neutral. Man begleite Kampagnen stets mit Informationen im Internet. Das sei auch hier der Fall. Fakt ist aber: Nirgends ist zu lesen, dass Spender vor einer Organentnahme eine Narkose erhalten.

Neutrale Informationskampagne gefordert

Die Ärzte gegen Organspende fordern nun, dass die Bevölkerung von einer unabhängigen Stelle neutrale Infos erhält – nicht mit dem Ziel, Organentnahmen zu fördern.

Daniel Mennig, Christian Gurtner